



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

3003 Bern, im November 1973

Im Zusammenhang mit der Oelkrise sind mir zahlreiche Briefe geschrieben worden, so viele, dass es mir bei der jetzigen Arbeitsbelastung leider nicht möglich ist, sie individuell zu beantworten; ich tue dies daher in dieser Form.

Zunächst möchte ich all jenen danken, welche sich ganz allgemein an den Masshalteappell halten. Es ist die Summe der Beiträge jedes Einzelnen, welche zählt. Je mehr Solidarität und freiwillige Disziplin vorhanden sind, umso weniger muss der Staat mit harten und pauschalen Zwangsmassnahmen in das Leben des Bürgers eingreifen.

In den vielen Zuschriften sind vor allem folgende Massnahmen angeregt worden:

- Das Autofahren sollte nach Kilometern rationiert werden, nicht nur wegen der Benzineinsparung, sondern auch im Interesse des Umweltschutzes.
- Weitere Herabsetzung der Geschwindigkeit. (Andere finden, die Höchstgeschwindigkeit von 100 km auf Autobahnen nütze nichts, sei gefährlich und zudem eine Präjudiz für später).
- Erziehungsaktion des Bundes, um dem verwöhnten Schweizervolk, das eine Verschwendungsgesellschaft geworden sei, das Sparen beizubringen.
- Nachtfahrverbot für alle Motorfahrzeuge, damit man wieder einmal ruhig schlafen könne.

- 2 -

- Verbot der Sportfliegerei und des Charterluftverkehrs.
- Behördliche Vorschriften mit Strafandrohung für die Höhe der Raumtemperatur; Verbot der Heizung von Schwimmbädern.
- Sonntags- oder Weekend-Fahrverbot. (Andere warnen vor der Einführung dieser Massnahme, da sie ungerecht sei und vor allem diejenigen treffe, die nur sonntags frei hätten; es wird auch auf die wirtschaftlichen Folgen für die Landgasthöfe und den Wintersport-Tourismus hingewiesen).
- Vollständige Schliessung der Tankstellen über das Wochenende.
- Heraufsetzung des Mindestalters für Mopedfahrer; einige finden, Jugendlichen unter zwanzig Jahren sollte das Führen eines Autos überhaupt verboten werden.
- Verbot der Zweitwagen.
- Die Umstellung auf Methangas sei zu prüfen und technisch zu fördern.
- Förderung der Veloproduktion durch den Bund.
- In einigen Zuschriften wird die Einstellung oder zum mindesten die Reduktion des Autobahnbaues verlangt; dafür sollten die öffentlichen Verkehrsmittel rasch ausgebaut werden.
- Verbot des Autofahrens an 1 - 2 Wochentagen, wobei die Wahl der Tage durch den Motorfahrzeugfahrer selber zu treffen wäre.
- Erhöhung der zulässigen Gesamtgewichte um 20 % für Lastwagen, Sattelschlepper und Lastenzüge.
- Einführung der Rationierung.
- Sofortiger Bau weiterer Kernkraftwerke. (Andere sind entschieden dagegen; sie lehnen die Erhöhung der Energieproduktion ab und verlangen eine Reduktion unserer wirtschaftlichen Tätigkeit).

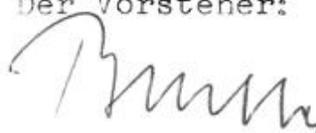
- 3 -

Das sind nicht alle, aber doch die wichtigsten Vorschläge. Diese Musterkarte zeigt, dass es nicht leicht ist, sie alle unter einen Hut zu bringen, da sie zum Teil gegenläufig sind. "Was des einen Uhl, ist des andern Nachtigall". Der Bundesrat muss diejenigen Massnahmen treffen, welche die grösste Wirkung mit einem Minimum an Nachteilen verbinden.

Gestatten Sie mir noch ganz generell folgenden Hinweis: Mit den bereits getroffenen und allenfalls noch zu treffenden Massnahmen soll die Versorgung unseres Landes mit Treib- und Brennstoff sichergestellt werden. Das Gesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge ermächtigt uns zu den entsprechenden Beschlüssen. Auf dem Umweg über das Kriegsvorsorgegesetz auch noch andere Ziele, die mit der Versorgung nichts zu tun haben, erreichen zu wollen, wäre im Rahmen eines geordneten Rechtsstaates nicht tragbar. Die Fragen des Umweltschutzes, der generellen Höchstgeschwindigkeiten, der Konzessionierung von Kernkraftwerken, der Einschränkung des individuellen Verkehrs zugunsten des öffentlichen und andere Probleme können nicht auf dem Wege bundesrätlicher Vollmachten gelöst werden. Solche Grundsatzentscheide müssen in einer Demokratie im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung, das heisst im ordentlichen Verfassungs- und Gesetzgebungsverfahren, gefällt werden.

Ich hoffe, dass Sie für diese Betrachtungsweise - es kann ja gar keine andere geben - Verständnis aufbringen. Im übrigen danke ich Ihnen herzlich für das Interesse, das Sie dem wichtigen Problem unserer Energieversorgung entgegenbringen. Aus sozusagen allen Zuschriften geht hervor, dass man bereit ist, sich einzuschränken und mit der Vergeudung Schluss zu machen. Das ist erfreulich und notwendig zugleich. Nur mit dieser Haltung ist es möglich, unsere Versorgung einigermaßen sicherzustellen und unsere Abhängigkeit von Einfuhren aus dem Ausland auf ein erträgliches Mass zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüssen
EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Der Vorsteher:



Bundesrat Brugger